

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 2,00 M., pro Semester 4,00 M., pro Jahr 8,00 M. Einzelnummern 10 Pf. Alle Abonnenten und Besteller werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Tagespreise sind in der Druckerei zu erlangen. — In Halle können die Bestellungen auch durch die Filialdruckerei in Halle erledigt werden. — Der Druck beginnt am 1. Januar 1933. — Der Druck beginnt am 1. Januar 1933. — Der Druck beginnt am 1. Januar 1933.



Alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks. Preis pro Quartal 2,00 M., pro Semester 4,00 M., pro Jahr 8,00 M. Einzelnummern 10 Pf. Alle Abonnenten und Besteller werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Tagespreise sind in der Druckerei zu erlangen. — In Halle können die Bestellungen auch durch die Filialdruckerei in Halle erledigt werden. — Der Druck beginnt am 1. Januar 1933. — Der Druck beginnt am 1. Januar 1933. — Der Druck beginnt am 1. Januar 1933.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 9 — 94. Jahrgang Zeitg.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 11. Januar 1933

Ehrliches Spiel.

Soll sich im Saargebiet das unehrliche Spiel wiederholen, das der Völkerbund mit Deutschland trieb, als es um die oberschlesische Entscheidung ging? Damals hatte auch der Völkerbund diese letzte Entscheidung in Händen und die Verantwortung vor der ganzen Welt. Und Lord George, der als englischer Ministerpräsident doch schließlich einigen Einfluss auf jene Entscheidung gehabt haben dürfte, hatte feierlich vor dem englischen Parlament zugesagt, daß in der oberschlesischen Frage Deutschland gegenüber ein „fair play“, ein „ehrlisches Spiel“ gerieben werden sollte. Wittebrunn, das war, hat die Welt, haben vor allem wir Deutsche ja dann erfahren, als namens des Völkerbundes eine internationale Kommission unter Vorsitz des Chinesen Wellington Koo die neue Grenze quer durch Oberschlesien zog und die wertvollsten Teile von Deutschland abschchnitt! Soll ähnliches jetzt wieder vorbereitet werden im Saargebiet, wo ja der Völkerbundrat auch die formelle Entscheidung zu fällen, wo er aber vor allem nicht bloß formell, sondern tatsächlich durch die dortige Regierung und die Abstimmungskommission ausgetreten, heute und morgen die Verantwortung zu tragen hat? Die letzte Verantwortung lastet nicht auf ihm, sondern auf ihm für das, was im Saargebiet nun an mehr als nur Aufständem liegt, ein paar Tage vor der Abstimmung, vor sich gegangen ist und vor sich geht. Das Deutschland von heute ist nicht mehr das von 1921. Aber auch der Völkerbund hat den damaligen Reiz der Jugend längst eingebüßt und durch sein unehrliches Spiel in der oberschlesischen Entscheidung die Illusionen zum großen Teil auch in jenen Preußen zerstört, die in diesem Geschick des Völkerbundes seinen Führer in ein kommendes Zeitalter der allgemeinen Verständigung hinein erblickten. In den seither verstrichenen Jahren und ganz besonders 1933 sind wir Deutsche dann gründlich und restlos von solchen Illusionen geheilt worden. Und in Genf selbst machte man sich darüber auch kaum noch etwas vor, wo dort die Entscheidungen fallen, ob vor oder ab — hinter den Kulissen.

Eine sehr weit rechtsstehende Pariser Zeitung wandte sich kürzlich wegen eines bestimmten Vorganges in bemerkenswerter Weise gegen die schlecht gezielte Aufregung, mit der die sonstige französische Presse die deutschen Aufregungen für die Abstimmung und für die Rückübertragung des Saargebietes verfolgt. Es handelt sich doch, so erklärt jenes Pariser Blatt, beim Saargebiet um einen Teil Deutschlands, der bis zum Zeitpunkt einer definitiven Entscheidung nur der treuhänderischen Verwaltung des Völkerbundes unterstellt worden ist. „Ein Teil Deutschlands“ — wir wollen mit dieser Erkenntnis eines Franzosen schon ganz zufrieden sein, um so mehr, als sie nun auch ganz offen ausgesprochen wurde! Wir aber müssen hinzufügen, daß wir uns in Deutschland unter einer „treuhänderischen Verwaltung“ etwas wesentlich anderes vorstellen als es das ist, was das Saarland unter der Regierungskommission seit langem erlebt hat und wir Deutschen von außen her mit ansehen mußten. Und was vor allem jetzt, so kurz vor den Entscheidungstagen im Saargebiet, sich zugetragen hat auf Veranlassung der Regierungskommission, deren Ausführungsorgan die Landespolizei ist. Oder glaubt denn in der ganzen Welt auch nur ein einziger Mensch, diese Landespolizei hätte ganz allein von sich aus die wie eine Bombe einschlagende Maßnahme getroffen, ihre Polizeitruppe aus dem Gebiet links der Saar restlos zurückzuziehen und zum Zeichen dafür, daß sie nicht so bald wiederkommt, die Grenzwachthäuser zum Teil zugunageln? Der zuständige Polizeidirektor Heimburger hat neugierigen Ausfragern gegenüber 4 — in Worten: vier — verschiedene „Gründe“ für seine Maßnahmen in jenem Teil des Saargebietes harr an der lothringischen Grenze angegeben, jedesmal einen anderen Grund, — aber der richtige war wohl kaum unter jenen vier! Kann das Ausland — von uns Deutschen wollen wir hier gar nicht reden — auch das noch als ein „ehrlisches Spiel“ ansehen oder gar als solches bezeichnen?

So oft und auch jetzt wieder, im Anschluß an die Verhandlungen in Rom, hörte man es in der Auslandspresse, der Führer und Reichkanzler Adolf Hitler sollte doch „seinen Friedensworten auch die entsprechenden Taten als Beweis folgen lassen“; der französische Außenminister Bonal sprach ähnliches vor ein paar Wochen aus vor dem französischen Parlament. Wir wollen hier jeden Rückblick darauf unterlassen, wie oft schon dieser Beweis geliefert wurde. Wir wollen den Blick vielmehr in die nächste Zukunft richten. Sie bringt die Entscheidung in der Saarfrage letzten Endes doch durch den Völkerbund und er bzw. die Großmächte wissen, daß wir bereit sind, mit Hilfe des rückgekehrten Saargebietes aus aller Kraft die Brücke nach dem Westen zu bauen. Aber nur dann, wenn man mit dem Saargebiet und daher auch mit Deutschland ein „fair play“, ein „ehrlisches Spiel“, treibt, ehrlicher als vor vierzehn Jahren!

Deutschland lehnt die Teilnahme an der Saartagung des Völkerbundes ab.

Der englische Botschafter beim Reichsaußenminister.

Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat den Reichsaußenminister, Hr. v. Neurath, aufgesucht und angeregt, daß Deutschland als Mitglied an der bevorstehenden außerordentlichen Ratstagung des Völkerbundes teilnehme, auf der die Entschlüsse über das Saargebiet auf Grund der Ergebnisse der Abstimmung gefaßt werden sollen.

Der Reichsaußenminister hat den Botschafter wissen lassen, daß die Reichsregierung, nachdem sie ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärt habe, sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sehe, die Anregung Folge zu geben.

Gleichzeitig wurde der englische Botschafter darauf hingewiesen, daß Nachrichten vorliegen, wonach die endgültige Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes erst in einer späteren Ratstagung erfolgen sollte, daß aber nach Auffassung der Reichsregierung ernste Bedenken dagegen beständen, die Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes hinauszuzögern, da es insbesondere für die nationalökonomische Wirtschaft schwerwiegende Schädigungen mit sich brächte, wenn der ungesunde Zwischenzustand mit all seinen Unsicherheitsfaktoren über das Maß des dringenden Notwendigen hinaus verlängert würde.

Die status-quo-Front will die Abstimmung unmöglich machen

Nachdem es der status-quo-Front missfällt ist, durch Provokationen Zusammenkünfte mit den Mitgliedern der Deutschen Front herbeizuführen, und so eine Lage zu schaffen, die die Abstimmung vielleicht unmöglich machen könnte, greift sie nun ansehnlich der geschlossenen und entschlossenen Haltung des größten Teiles der Saarbewohner zu neuen Mitteln. Die große Angst vor der Abstimmung am kommenden Sonntag hat sie zu einem neuen Verzweiflungsschritt getrieben, durch den sie die Abstimmung nun mit Sicherheit glaubt sabotieren zu können.

Nach einwandfreien Ermittlungen plant die Einheitsfront, auf ein bestimmtes Stichwort hin am Sonntagmorgen ihre Rekruten aus den einzelnen Abstimmungskolaten zurückzuziehen. Da dann die Wahlvorkände den Bestimmungen nicht mehr entsprechen, und zum Torso würden, wäre damit die Fortführung der Abstimmung unmöglich gemacht.

Glücklicherweise ist es gelungen, rechtzeitig hinter diese Machenschaften zu kommen und Schritte vorzubereiten, die auch diese Dinge unmöglich machen.

Die status-quo-Front will ihren seit ausgeheckten Plan mit einer Begründung verwirklichen, die die Schuld der Deutschen Front zuschreibt, und zwar will sie durch Provokateure in den Farben Deutschlands flaggen lassen und dann diese Übertretung des Flaggenverbotes als neuen Terrorakt und als Übertretung der Abstimmungsbestimmungen aufzählen.

Damit soll dann die Sicherheit der Abstimmung in Frage gestellt sein. Nach dem Motto „Halte den Dieb“ beklagt sie sich dabei schon jetzt über den „Terror“ der Deutschen Front und bereitet diesen Schritt für den kommenden Sonntag stimmungsgemäß vor. Sie veranstaltet Presseempfang für die Auslandspresse und versucht, ihr schon jetzt einen angeblichen Terror der Deutschen Front zu beweisen.

Demgegenüber hat die Landesleitung der Deutschen Front auch auf ihr letztes Recht verzichtet, um auf jeden Fall die Abstimmung sicherzustellen, und Maßnahmen getroffen, die jeglichen Zusammenstoß mit Mitgliedern der status-quo-Front auszuschließen. Der stellvertretende Landesleiter Nietmann hat

folgenden Aufruf

erlassen: „Angesichts neuer verzweifelter und vielfältiger Anstrengungen der Gegner von Ruhe und Ordnung im Saargebiet, die Durchführung der Abstimmung zu ge-

fährden, oder gar am 13. Januar zu verhindern, sehe ich mich veranlaßt, folgende Anweisungen an die Mitglieder der Deutschen Front ergehen zu lassen:

Vollsgenossen!

1. Nach einwandfreien Ermittlungen plant die Einheitsfront, das Aufschieben von Flaggen am Abstimmungstag zum Anlaß zu nehmen, ihre Rekruten aus den einzelnen Abstimmungskolaten zurückzuziehen. Wir wissen darüber hinaus, daß die Einheitsfront durch Provokateure das Aufschieben der Flaggen in den Farben unseres Deutschlands vornehmen zu lassen beabsichtigt. Die Abstimmungskommission hat vor geraumer Zeit eine Verordnung erlassen, nach der bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses nicht geflaggt werden darf.

Für jedes Mitglied der Deutschen Front war und ist es eine Selbstverständlichkeit, daß also in der französischen Zeit weder geflaggt noch sonst nationale Symbole gezeigt werden. Wenn trotzdem am 13. Januar Flaggen gezeigt werden, so ist die staatsrechtliche Unrechtmäßigkeit und sind vor allem die zuständigen Stellen schon jetzt davon unterrichtet, daß es sich dabei um ein zu durchführbares und systematisch organisiertes Manöver unserer Gegner handelt. Die Mitglieder der Deutschen Front sind angesichts solcher Machenschaften der Gegner nun erst recht im Gewissen verpflichtet, das Flaggenverbot strengstens einzuhalten.

2. Es ist von uns weiter festgestellt worden, daß die von der Abstimmungskommission für Plakate freigegebenen Tafeln von Angehörigen der gegnerischen Gruppen zerstört oder beschädigt sind, um auch diese frevelhaften Mitglieder der Deutschen Front und damit unserer Organisation zur Last zu legen. Ich erkläre, daß es sich bei diesen Vorgängen — es handelt sich um die Durchschlag der Plakate und völlige Entfernung der Tafeln — um eine bestellte Arbeit der Gegner handelt, zumal nicht nur in einem Fall festgestellt werden konnte, daß Plakatschein zerstört wurden, während kommunalistische Schutzposten ihre eigenen Tafeln bewachten.

Ich fordere alle Mitglieder der Deutschen Front auf, unverzüglich der Landesleitung der Deutschen Front Mitteilung über vorkommende Beschädigungen von Plakatscheinen zu machen. Wer so zur Ermittlung des Täters und dessen gerichtlicher Aburteilung beiträgt, erhält eine Belohnung von 100 Francs. Damit habe ich schon jetzt festgestellt, daß die Zerstörung oder Beschädigung von Plakaten als Sabotage unseres selbstbestimmten Willens gilt, Ruhe und Ordnung im Saargebiet aufrechtzuerhalten.

3. Vollsgenossen! Bleibt in den nächsten Tagen, insbesondere aber in den nächsten Nächten, vor der Abstimmung den Straßen fern. Ich ersuche alle Mitglieder der Deutschen Front, die äußerste Disziplin zu wahren, weil der Gegner versucht, Demonstrationen zu inszenieren und dadurch Zusammenkünfte heraufzubeschwören. Ich ersuche weiter, Demonstrationen der Gegner sofort der zuständigen Polizeibehörde und der zuständigen Stelle unserer Organisation mit Angabe von Zeugen unverzüglich telefonisch zu melden. Ueberlastet die Säuberung der Straße von den Ruhebrechern und dem Wob der Polizei.

4. Die Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Sektionsleiter, Zellenleiter und Blockwart sind mir dafür verantwortlich, daß meine Anordnungen zur Kenntnis aller Mitglieder der Deutschen Front gelangen und daß diese Anweisungen auf das fruchtbarste beachtet werden.

5. Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, stellt sich außerhalb unserer deutschen Volksgemeinschaft und ist als Provokateur zu behandeln.

Abstimmungsergebnis über alle Sender der Welt.

Die Presse durch die Abstimmungskommission ausgeschaltet.

Die Abstimmungskommission hat grundsätzlich beschlossen, das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet am Montagabend durch den Mund ihrer Präsidenten Rohde über alle Sender der Welt verkünden zu lassen. Als amtliche Ergebnisse der Abstimmungsbereiche werden nacheinander die Einzelergebnisse mit ihren Stimmen für Deutschland, Frankreich und den Status quo sowie die unglücklichen Stimmen in deutscher und französischer Sprache bekanntgegeben. Abschließen verkündet Rohde das Gesamtergebnis.